

Liebe Leserin, lieber Leser,



alle 14 Minuten wird ein Mensch auf dieser Welt mit einer deutschen Waffe getötet. Die Bundesregierung sorgt durch ihre Rüstungsexportpolitik dafür, dass Deutschland einer der größten Waffenexporteure der Welt ist. Unter Schwarz-Rot sind von 2013 bis 2017 die Waffen-

ausfuhren gegenüber der schwarz-gelben Vorgängerregierung um 21 Prozent auf über 25 Milliarden Euro gestiegen. Die Rüstungsexporte an Entwicklungsländer sind 2017 auf mehr als eine Milliarde Euro verdoppelt worden. Der Export von Kriegsgerät in die Krisenregion Naher Osten wurde sogar mehr als verdoppelt. Zudem wird jetzt auch noch verstärkt auf eine Rüstungsproduktion außerhalb Deutschlands, wie den Bau einer Panzerfabrik durch Rheinmetall in der Türkei, gesetzt.

Gleichzeitig baut die Bundesregierung Deutschland zielstrebig zur stärksten Militärmacht in Europa aus. 2017 hat Deutschland mit 37 Milliarden Euro so viel Geld für Waffen und Militär ausgegeben wie zuletzt im Kalten Krieg. 2018 liegt der Wehretat bei 38,5 Milliarden Euro, 2019 soll er auf 42,9 Milliarden Euro wachsen. Zum Erreichen des Zwei-Prozent-Ziels der NATO, dem sich die Bundesregierung weiterhin verpflichtet, müsste der deutsche Militärhaushalt bis 2024 auf letztlich 85 Milliarden pro Jahr steigen. Die Wirtschaftsmacht Deutschland würde dann auch bei den Militärausgaben den Spitzenplatz in Europa belegen und Rang 2 nach den USA innerhalb der NATO.

DIE LINKE. im Bundestag macht Druck für einen Kurswechsel. Deutschland soll Friedensmittler werden statt Aufrüstungs- und Waffenexportmeister.

Mit solidarischen Grüßen

Ihre **Sevim Dağdelen**  
Stellvertretende Vorsitzende und abrüstungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag



## Rüstungsexporte unter Schwarz-Rot steigen

Es ist eine Legende von CDU, CSU und SPD, dass sie eine restriktive Rüstungsexportpolitik verfolgen. Die Ausfuhren deutscher Waffenschmieden bewegten sich dank der schwarz-roten Bundesregierung 2017 mit über sechs Milliarden Euro weiterhin auf einem skandalös hohen Niveau. Das ist der dritthöchste Wert nach den beiden Rekordjahren 2015 und 2016. Die Rüstungsexporte in Drittländer außerhalb von NATO und EU sind sogar gestiegen auf insgesamt fast vier Milliarden Euro, die Ausfuhr von Kriegswaffen ist auf 2,65 Milliarden Euro angewachsen. An der Spitze liegt mit 1,36 Milliarden Euro Algerien. Drei Länder sind aktiv am verbrecherischen Krieg und an der Hungerblockade gegen die Zivilbevölkerung im Jemen beteiligt: Ägypten wurden Rüstungsexporte im Wert von mehr als 708 Millionen Euro genehmigt. 254 Millionen Euro waren es für Saudi-Arabien, bei den Vereinigten Arabischen Emiraten 213 Millionen Euro. Die Bundesregierung handelt hier nach dem Motto: Waffen statt Brot für die Welt. Das ist absolut verantwortungslos.

Es ist sicherheitspolitisch dumm und ein moralischer Offenbarungseid, immer mehr deutsche Waffen in Spannungs- und Kriegsgebiete zu liefern. Durch die

massenhafte Genehmigung von Rüstungsexporten werden ständig neue Fluchtursachen geschaffen. Jede exportierte deutsche Waffe kehrt als Flüchtling zurück, dieser Tatsache sollten sich Union und SPD endlich bewusst werden.

Die übergroße Mehrheit der Bevölkerung lehnt Waffenexporte ab. Doch die Bundesregierung fühlt sich mehr dem militärisch-industriellen Komplex verbunden. Frühere Minister wie Franz Josef Jung (CDU) und Dirk Niebel (FDP) lassen sich ihre einstigen politischen Entscheidungen heute bei der Düsseldorfer Rüstungsschmiede Rheinmetall vergolden.

Hinzu kommen geopolitische Erwägungen. So wird die Türkei unter dem Despoten Erdoğan um jeden Preis in der NATO gehalten, auch wenn die Kurden dabei zugrunde gehen. Folgerichtig wurden seitens der Bundesregierung noch während des gemeinsamen Angriffskriegs der Türkei und der islamistischen Terrormilizen der FSA gegen die Kurden in Syrien zahlreiche Waffenexporte neu genehmigt. Nach Beginn der völkerrechtswidrigen Offensive in Afrin wurden von Schwarz-Rot Kriegswaffen im Wert von knapp 4,4 Millionen Euro genehmigt. Und während der türkische Präsident Ländergrenzen selbst zu EU-Mitgliedsländern wie Griechenland infrage stellt, unterstützt die Bundesregierung durch die Lieferung von U-Boot-Teilen die weitere Aufrüstung der türkischen Kriegsmarine, wie aus der Antwort auf eine

Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE hervorgeht (Bundestagsdrucksache 19/1515).

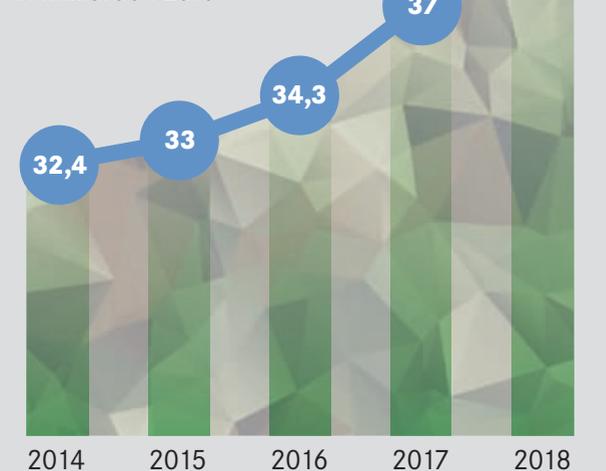
Auch andere enge Verbündete, wie die islamistische Diktatur Saudi-Arabien, werden weiter mit Waffen »Made in Germany« aufgerüstet. Allein im ersten Quartal 2018 sind von Schwarz-Rot Rüstungsexporte im Umfang von 161,8 Millionen Euro genehmigt worden, dreimal so viel wie im Vorjahreszeitraum.

## Endverbleib deutscher Waffen kaum kontrolliert

Die Rüstungsexportpraxis der Bundesregierung ist tödlich für die Welt, gefährdet aber auch die Sicherheit der Bevölkerung in Deutschland. Immer wieder gelangen deutsche Waffen in die Hände islamistischer Terrorbanden. In nur zwei Fällen hat die Bundesregierung im vergangenen Jahr sogenannte Endverbleibskontrollen durchgeführt. Tatsächlich kann sie nicht plausibel darlegen, wo die exportierten Waffen am Ende landen. Die Linksfraktion fordert einen sofortigen Stopp aller Rüstungsexporte, angefangen mit den Drittländern. Möglichkeiten, entsprechende Richtlinien durch die Internationalisierung der Produktion zu umgehen, müssen verbaut werden. Die Schließung bestehender Schlupflöcher wäre ganz einfach durch eine ergänzende Formulierung in der Außenwirtschaftsverordnung zu erreichen. DIE LINKE. im Bundestag hat dazu gemeinsam mit Bündnis 90/ Die Grünen einen Antrag eingebracht (Bundestags-Drucksache 19/2697).



Entwicklung des  
Verteidigungshaushaltes  
in Milliarden Euro



Quelle: Haushaltsgesetz

## Deutsche Aufrüstungsspirale

Rund 1,74 Billionen Dollar hat die Welt laut dem schwedischen Friedensforschungsinstitut SIPRI im Jahr 2017 in das Militär und die Aufrüstung gesteckt. Es ist ein trauriger Rekordwert. Nie zuvor wurden seit dem Ende des Kalten Krieges die Militärausgaben derart massiv gesteigert. Die Bundesregierung dreht dabei besonders heftig an der Aufrüstungsspirale. Bundeskanzlerin Merkel sicherte im Juli 2018 beim NATO-Gipfel in Brüssel eine Steigerung der deutschen Rüstungsausgaben bis 2024 auf zunächst 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu. Das sind jährlich 18 Milliarden Euro mehr für die Bundeswehr als bisher geplant.

Die NATO gibt schon heute insgesamt über 900 Milliarden Dollar aus, über 600 Milliarden davon allein die USA. Präsident Donald Trump hat bereits eine Steigerung auf 700 Milliarden Euro für das kommende Jahr angedroht. Vor diesem Hintergrund mutet es geradezu grotesk an, dass Russland, das derzeit 66,3 Milliarden Dollar für Rüstung ausgibt und im Jahr 2017 ein Minus von 20 Prozent verzeichnete, als Bedrohung an die Wand gemalt wird.

## Konfrontation gegen Russland beenden

Im Rahmen der NATO stehen nunmehr deutsche Bundeswehrsoldaten unmittelbar an der russischen Westgrenze. Mit immer härteren Sanktionen soll Russland in einem Wirtschaftskrieg, der unter anderem auch der deutschen Bevölkerung schadet, in die Knie gezwungen werden. Statt immer neuer Konfrontation und Eskalation setzt sich DIE LINKE im Bundestag für Kooperation und Dialog mit Russland ein. Notwendig ist eine Neuausrichtung der deutschen Außenpolitik – nicht nur, weil die Aufrüstungspolitik Frieden und Sicherheit gefährdet, sondern auch, weil sonst eine Wiederherstellung des Sozialstaats in immer weitere Ferne rückt. Klar ist: Jeder Euro, der in die Aufrüstung fließt, fehlt im sozialen Bereich. DIE LINKE im Bundestag macht Druck für eine soziale Offensive. Wir wollen Milliarden für Kitas, bessere Schulen und gute Pflege statt für Kampfpanzer, Korvetten und bewaffnungsfähige Drohnen.



## DIE LINKE ist eine Stimme des Friedens im Parlament

DIE LINKE ist im 19. Deutschen Bundestag mit 69 Abgeordneten – 37 Frauen und 32 Männer – vertreten. Die Fraktion ist DIE soziale Opposition im Bundestag und konsequente Stimme gegen Auslandseinsätze und eine weitere Aufrüstung der Bundeswehr. Die Arbeit der Fraktion wird durch den Fraktionsvorstand geplant, koordiniert und organisiert. Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Bundestag sind Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch. Ihnen stehen Sevim Dağdelen und Caren Lay als stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Jan Korte als Erster Parlamentarischer Geschäftsführer zur Seite sowie Susanne Ferschl, Fabio De Masi, Gesine Löttsch, Petra Sitte, André Hahn, Heike Hänsel und Cornelia Möhring als weitere Stellvertreter.

Die Fraktion DIE LINKE steht für eine friedliche und gerechte Politik. Sie setzt auf die Unterstützung der Friedensbewegung und sozialer Initiativen und Verbände. Auf verschiedenen Wegen sucht sie den Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern.

**DIE LINKE.**  
I M B U N D E S T A G

Fraktion DIE LINKE im Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon: 030/22 75 11 70, Fax: 030/22 75 61 28  
E-Mail: [fraktion@linksfraktion.de](mailto:fraktion@linksfraktion.de)  
V.i.S.d.P.: Sevim Dağdelen, Caren Lay, Jan Korte  
Redaktionsschluss: 3. August 2018

Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen Initiativen finden Sie unter: [www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de)

Waffenexporte  
stoppen –  
Abrüstung starten!

**DIE LINKE.**  
I M B U N D E S T A G